

Veranstaltung mit Prof. Manfred Wilke und Reinhardt Gutsche in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus am 4. November 1993

DIE ANGST DER SED VOR DEM "SOLIDARNOSC-BAZILLUS"

Als die Panzer der fünf Warschauer-Pakt-Staaten am 21.8.1968 den "Prager Frühling" zusammenwalzten, war dies ein Schlüsseldatum für das Schicksal des sowjetischen Imperiums, denn seitdem hatten die Menschen keine Illusionen mehr über eine eventuelle Verbesserung des maroden Systems, sondern nur noch den Wunsch nach seiner Abschaffung. Damals war in der Tschechoslowakei nicht nur Dubceks Modell eines "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" vernichtet, sondern auch jedes weitere Nachdenken "demokratischer Sozialisten" über andere mögliche Reformversuche desavouiert worden.

Jeglicher utopischer Sprengsatz war aus dem Marxismus-Leninismus seit jenem Datum endgültig verbannt.

Bereits damals jedoch war es die SED-Führung gewesen, die am meisten Aufweichungs- und Liberalisierungstendenzen im monolithischen Ostblock zu fürchten hatte und die deshalb von Anfang an und am ungebärdigsten ein militärisches Eingreifen im tschechoslowakischen Nachbarland verlangte. Bereits Anfang April 1968 hatte die tschechoslowakische Zeitschrift Literární listy Auszüge veröffentlicht aus einer geheimen Instruktion des SED-Zentralkomitees für die Parteiaktive und die Presse. Darin hieß es: "über die Grenzübergänge kommen ohne Schwierigkeiten Klassenfeinde und imperialistische Agenten in die Tschechoslowakei. Die Entwicklung ist soweit fortgeschritten, daß sie aufhört, nur eine innere Angelegenheit zu sein. Das heutige tschechoslowakische Regime ermöglicht es den Feinden, auf das Gebiet des Warschauer Paktes zu gelangen. Es bedroht die Sicherheit der Mitgliedsstaaten, verletzt die vertraglichen Abmachungen und begeht Verrat an seinen Verbündeten. Die sozialistischen Länder können es sich nicht erlauben, hier nur passiv zuzusehen. Die einschlägigen Artikel des Warschauer Vertrages ermöglichen ein Eingreifen. Das liegt im Interesse der Verteidigung der sozialistischen Länder, was man deshalb nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSSR bezeichnen kann. Im Falle eines militärischen Eingreifens geht es selbstverständlich um kollektive Maßnahmen."

Ähnlich offenherzig äußerte sich wenige Tage nach der Okkupation der CSSR, Anfang September 1968, Karl-Eduard v. Schnitzler bei einem Vortrag in der Leipziger Alten Börse. Folgende Sätze notierte ein westdeutscher Zuhörer: "Wäre es nach mir gegangen und nach Ulbricht und Gomulka, so hätte der Einmarsch schon drei Monate früher stattgefunden. Mit dem Affentheater in Prag muß Schluß gemacht werden, und es ist Zeit, daß die Konterrevolutionäre `a la Sik, Smrkovsky, Goldstücker und Konsorten endlich dahin befördert werden, wo sie hingehören, nämlich ins Gefängnis. "

Auch Honecker, damals ZK-Sekretär, hatte in einer Rede in Ost-Berlin am 9.11.1968, anläßlich des 50. Jahrestages der Novemberrevolution, emphatisch verkündet: "Gerade weil die fünf sozialistischen Staaten am 21. August 1968 so handelten, wie sie gehandelt haben, leisteten sie einen unschätzbaren Beitrag zur Sicherung des Friedens...Keine Chance werden wir dem imperialistischen Gegner lassen, in unsere Gemeinschaft einzudringen oder gar einen Glied aus dem Ganzen herauszuberechnen. Was wir in opferreichen Kämpfen errungen haben, wissen wir zu schützen - gegen

offene und gegen verdeckte Anschläge, gegen Aggression und ideologische Diversion."

Als zwölf Jahre später eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung in der VR Polen völlig legal in Konkurrenz zur bisherigen Alleinherrschaft der dortigen KP-Führung treten konnte, als ein bis dahin unbekannter Elektriker aus Danzig zur Symbolfigur eines von der katholischen Kirche getragenen revolutionären Sturzes des Kommunismus "von unten" zu werden drohte, wußte die SED auch hier wieder die Gefahr für die eigene Macht am schnellsten zu erkennen. Sie begriff sofort, daß-nachdem das Oberste Gericht in Warschau am 10.11.1980 die Nichtanerkennung der führenden Rolle der PVAP durch "Solidarnosc" ausdrücklich sanktioniert hatte - "hier eine größere Gefahr als seinerzeit durch Dubcek" drohe, wie Honecker in einem Brief an Breshnew vom 27.11.1980 mahnte. Bereits die Unterschrift unter das Danziger Abkommen über die Zulassung von "Solidarnosc" am 30.8.1980 sei "ein Zurückweichen vor der Konterrevolution durch die PVAP" gewesen. Unter Berufung auf eine alte, von ihm aktuell paraphrasierte Lenin-Sentenz (über den günstigsten Zeitpunkt für die Oktoberrevolution 1917) schrieb Honecker nun zum günstigsten Termin eines Einmarsches im Nachbarland: "Gestern war es zu früh, morgen wäre es zu spät, heute ist es möglich, ... denn in Polen stirbt der Sozialismus." Honecker verlangte von Breshnew die "sofortige Einberufung" einer Konferenz der Parteichefs aller Ostblockstaaten "zur Beratung notwendiger Maßnahmen bezüglich der polnischen Ereignisse".

Am 28.11.1980 wurde am Sitz des Nationalen Verteidigungsrates (NVR) in Strausberg eine außerordentliche Sitzung des SED-Politbüros abgehalten, in der Honeckers Brief und die inzwischen vorliegende Antwort Breshnews zur Debatte stand. Breshnew hatte entsprechend Honeckers Wunsch bereits für den 5.12. zu einer Konferenz in die sowjetische Hauptstadt eingeladen, zu deren Teilnahme von SED-Seite außer Honecker noch Willi Stoph, Hermann Axen, Heinz Hoffmann und Erich Mielke bestimmt wurden.

Auf der Moskauer Konferenz der Parteichefs mußte Honecker jedoch erkennen, daß er bei keinem seiner Kollegen mit der Forderung nach sofortiger militärischer Intervention Sympathie fand. Kadar und Ceaucescu, Shiwkow und Husak plädierten für eine "innerpolitische Lösung", da eine Intervention das internationale Klima belasten und die Entspannungspolitik diskreditieren würde. Sie erhielten hier sogar die Unterstützung Breshnews, der kurz zuvor von dem damals noch amtierenden USA-Präsidenten Carter (am 4.11. hatte R. Reagan die Präsidentschaftswahlen gewonnen) einen Brief erhalten hatte, in dem der Kremlchef sehr nachdrücklich davor gewarnt worden war, mit Waffengewalt in Polen einzugreifen.

So mußte Honecker sogar seinen vom Politbüro gebilligten Redetext entschärfen, die Formulierung streichen, daß "Blutvergießen" das "letzte Mittel" sei, "wenn die Arbeiter- und Bauernmacht auf dem Spiele steht". Doch lieber es sich nicht nehmen, die "sowjetische Bruderhilfe" gegen die "Konterrevolution in der DDR 1953, in der VR Polen 1956 und in der CSSR 1968" lobend zu erwähnen.

Unabhängig von den Beratungen der Parteiführer standen die Armeeführer des Ostblocks jedoch bereits seit Anfang Dezember 1980 Gewehr bei Fuß. Denn schon am 1.12.1980 hatte man - ebenfalls nach Moskau - ad hoc zu einer Katastrophen-Sitzung der Spitzenmilitärs des Warschauer Vertrages eingeladen. Marschall Orgakow, Stabschef der sowjetischen Armee, konnte jedoch nur die Vertreter der DDR, Polens und der CSSR begrüßen; Ungarn, Bulgarien und Rumänien fehlten. Aufgrund einer Geheimen Verschlusssache A 265/992 wurde die folgende Einweisung gegeben: "Mit dem Ziel der Demonstration der Bereitschaft zur Verteidigung des Sozialismus in der VR Polen ist vorgesehen, eine gemeinsame Ausbildungsmaßnahme der vereinigten

Streitkräfte vorzubereiten und auf besonderen Befehl durchzuführen." Das Szenarium sah u.a. vor, "am 7. Operationstag die Bildung einer Reservefront im Koalitionsbestand auf dem Territorium der VR Polen" zu realisieren. Mindestens 21 Divisionen, davon eine Luftlandedivision und eine Brigade Marineinfanterie, waren für diese angebliche "Übung" eingeplant. Außer 13 Divisionen der sowjetischen Armee sollte die Armee jedes Ostblockstaates mit maximal vier Divisionen vertreten sein, die Nationale Volksarmee der DDR u.a. mit der IX. Panzerdivision aus Eggesin, die als "10. Armee" handeln sollte. Zu ihrer Aufgabe gehörte der "Angriff aus der Bewegung auf einen eilig zur Verteidigung übergegangenen Gegner", später die "Entwicklung des Angriffs aus der Tiefe".

Diese als "gemeinsame Ausbildungsmaßnahme" getarnte "Manöver"planung (die in Wahrheit ein Okkupationskonzept gegen den unsicheren polnischen Kantonisten darstellte) ist natürlich auch niemals offiziell mitgeteilt oder angekündigt worden, wie es die KSZE-Vereinbarungen verlangt hätten.

Die NVA-Führung widmete sich in jenen Tagen natürlich mit besonderer, geradezu preußisch-militaristischer Hingabe den ihr zugewiesenen Aufgaben.

Im Befehl 15/80 vom 10.12.1980 hatte Honecker als Vorsitzender des NVR in unverwechselbarer Diktion das folgende verfügt: "Entsprechend der gemeinsamen Vereinbarung mit dem Oberkommandierenden der vereinigten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages wird eine gemeinsame Übung zur Überprüfung der Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der verbündeten Armeen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unter Leitung des Oberkommandierenden der vereinigten Streitkräfte auf dem Territorium der VR Polen durchgeführt. Zur Vorbereitung und Durchführung befehle ich: Von der Nationalen Volksarmee nehmen Stäbe, Truppen- und Flottenkräfte entsprechend den Festlegungen des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR teil." Weiter hieß es in dem Befehl (der im Verteilerschlüssel neben Stoph, Mielke, Streletz und Hoffmann auch noch Innenminister Dickel aufführt), daß 9000 Soldaten teilzunehmen hätten, den Reservistenbestand einberechnet sogar 25 000, außerdem 280 Panzer.

Bereits seit September 1980 hatte die DDR ihre Grenze zu Polen für den freien Verkehr gesperrt und ihre dort stationierten Grenztruppen verstärkt. Nun ordnete der Befehl 118/80 vom 6.12.1980 (neben der Unterschrift Honeckers mit den Namenszügen der Generäle Hoffmann, Keßler, Streletz und Stechbarth versehen) an, daß nach Erhalt des Signals "Wintermarsch" die Grenzübergänge Pommellen und Mescherin "unter Einhaltung strengster Geheimhaltung" für die einmarschierenden Truppen zu öffnen seien.

Was bisher bei gemeinsamen Manövern der "Bruderarmeen" noch niemals als notwendig erachtet worden war, das schien nun bei der geplanten "brüderlichen Hilfe" für Polen unausweichlich: nämlich die Bereitstellung zusätzlicher Betten in den zentralen NVA-Lazaretten in Ueckermünde und Bad Saarow, wobei in Ueckermünde sogar ein Hubschrauberplatz für Verwundete eingerichtet werden sollte. Inwieweit man bereits mit Verlusten an "Menschenmaterial" rechnete, zeigt auch die Anweisung, "dem Minister täglich Meldungen über Tote und Verwundete" zu machen.

Ein Novum war auch, daß Polit-Stellvertreter (zur verstärkten "Rotlichtbestrahlung" der Soldaten) in einer bisher nie gekannten Personenzahl zum Einsatz kommen sollten. Offenbar bangte man um die ideologische Resistenz der eigenen kämpfenden Truppe gegenüber dem "Solidarnocs-Bazillus".

Hierzu paßte auch, daß entgegen der sonst üblichen Praxis diesmal auf dem polnischen "Übungs"gelände alle Manifestationen von "Waffenbrüderschaft" mit Meetings und Feldparaden, alle Kontakte der NVA-Soldaten zum polnischen "Brudervolk" zu unterbleiben hatten. Ein Befehl 16/80 des Chefs der Rückwärtigen

Dienste der NVA, Generalleutnant Joachim Goldbach, ordnete an, daß zur "hygienisch-antiepidemischen Sicherstellung ... Kontakte mit der Bevölkerung weitestgehend einzuschränken" seien.

Zum ersten Male wären sogar Militärstaatsanwälte im NVA-Troß gewesen. Man kann sich vorstellen, wofür. Hatte doch Verteidigungsminister Hoffmann gegenüber seinem polnischen Kollegen Jaruzelski geäußert: "Der einzige Ausweg aus der jetzigen Situation wäre, wenn man etwa 5000 bis 6000 Rädelsführer der Konterrevolution verhaftet und hart und kompromißlos durchgreift." (zitiert in: Otto Wenzel: Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989, Verl. Wiss. u. Politik, Köln 1995, S. 222)

Jaruzelski hat später in seinen Memoiren erzählt, was ihn bewegte, als er die Manöverkarten für die geplante Okkupation zu Gesicht bekam, welche sein General Opalowski in Moskau in Empfang zu nehmen und danach in Warschau ihm, Jaruzelski, zur Kenntnisnahme vorzulegen hatte: "Ich möchte gar nicht weiter auf meine Gefühle beim Anblick dieser Karten eingehen, muß aber gestehen, daß vor allem eines mich zutiefst erschreckte: die Vorstellung, daß man in Moskau die Idee akzeptieren konnte, daß eine deutsche Division - selbst, wenn sie aus der DDR kommt - bei einer solchen Operation mitmacht. Ich konnte das nicht zulassen." (Wojciech Jaruzelski: Mein Leben für Polen. Erinnerungen, Piper, München 1993, S. 235)

Die internen Vorbereitungen der NVA auf den Ernstfall gingen auch weiter, nachdem Breshnew bei der Moskauer Beratung mit den Ostblockführern am 5.12.1980 diesbezügliche Wünsche Honeckers abgelehnt hatte. Erst als die stellvertretenden Verteidigungsminister Keßler und Streletz bei einem Gespräch mit dem Oberkommandierenden der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Paktes, Sowjet-Marschall Kulikow, am 7.4.1981 in Liegnitz erneut erfahren mußten, daß es Ziel des Kreml sei, die Probleme in Polen ohne Intervention zu lösen, legten sie die Geheime Verschlusssache A 265/292 endgültig zu den Akten. "Die sowjetischen Genossen," schrieben die beiden DDR-Generäle in einem Bericht an den NVR, "gehen davon aus, daß, bevor nicht die polnischen Sicherheitsorgane und die Polnische Armee eingesetzt würden, nicht mit Hilfe von außen gerechnet werden könne, da sich sonst große internationale Konflikte ergeben."

All diese Kriegs-Planspiele sollten Honecker wenige Monate später, bei seinem Staatsbesuch in Mexiko Ende August 1981, jedoch keineswegs daran hindern, auf eine entsprechende Interview-Frage der Zeitung "El Sol de Mexico" treuherzig zu antworten: "Was das Problem der militärischen Intervention der sozialistischen Länder in Polen betrifft - das hat bisher nur in den kapitalistischen Massenmedien kursiert. Es scheint, hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens."

Geht man also davon aus, daß beinahe "deutsche Gründlichkeit" in Polen wieder einmal Tabula rasa gemacht hätte, so ist im Vergleich dazu der von Jaruzelski am 14.12.1981 proklamierte Ausnahmezustand wahrscheinlich tatsächlich nur das kleinere Übel gewesen.

Zumal der "Kriegsgeneral" später unter dem Einfluß Gorbatschows die vom ihm verbotene "Solidarnosc" wieder zuließ, sogar als erster Ostblock-Herrscher überhaupt Runde Tische gestattete, schließlich dem Oppositionellen Tadeusz Mazowiecki den Weg an die Spitze einer neuen polnischen Regierung ebnete und somit auch für die polnischen Kommunisten insgesamt wie für sich persönlich einen wesentlich würdevolleren Abschied von der Macht zuwege brachte als die Ost-Berliner Betonköpfe.